

Zeitung des Hannoverschen Frauenbündnis

# Internationaler Frauentag

HINTERGRÜNDE · BERICHTE · AKTUELLES · PROGRAMM

روز جهانی زن | International woman's day | يوم النساء العالمي | Hemu roja jina ciyane | Ngày Quốc tế Phụ nữ | международный женский день | el día internacional de la mujer | Dünya kadınlar günü

## EDITORIAL



2025  
Internationaler  
Frauentag  
Heute für morgen  
Zeichen setzen

## LIEBE LESER\*INNEN,

im letzten Jahr hieß unser Motto auf Seite eins »Rückwärts nach weit!«

Am 29. Januar 2025 hat die informelle Koalition aus SPD, CDU und FDP – mit den Stimmen der AfD – ein Innenstadtkonzept verabschiedet, das ab 18:00 Uhr gebührenfreies Parken in der Stadt erlaubt. Das führt die Politik des grünen Oberbürgermeisters für eine autofreie Innenstadt ins absurde. Seine Parteigenoss\*innen im Stadtparlament bringen es auf den Punkt: »Das ist eine Rückwärtsrolle in eine autogerechte Innenstadt.«

Wir sind wieder auf der Höhe der Zeit mit dem Schwerpunkt unserer Zeitung. Unser Aufruf für Artikel an unsere Bündnispartnerinnen hatte die Frage im Zentrum »In welcher Stadt wollen wir leben«. Ihre Planung – so unsere im Aufruf formulierte Rolle vorwärts – sollte sich nicht in Autofreiheit und der Gestaltung von schönen Plätzen mit vielen grünen Bäumen erschöpfen, sondern eine umfassendere Zukunft von Stadt im Visier haben.

Wir haben wieder viele Artikel erhalten, dafür danken wir allen Mitstreiterinnen. Neben Artikeln mit Zukunftsentwürfen legen viele der Texte den Finger in die Wunde von Stadtentwicklungspolitik, für die das Soziale offensichtlich kein zu planender Raum ist.

Liebe Frauen, wir müssen neue Wege suchen – lasst sie uns finden. Das beginnt schon damit, dass wir uns austauschen, uns im Alltag, Tag für Tag, unterstützen, gerade auch dann, wenn die Nachrichten besonders schlimm sind.

**In diesem Sinne, lasst uns handeln, alte und junge Feministinnen gemeinsam!**

Das Hannoversche Frauenbündnis zum Internationalen Frauentag 2024

Anmerkung zur Schreibweise: Mit dem Stern soll im Sinne der Sichtbarmachung in der Sprache ein Raum für Geschlechtsidentitäten jenseits von »Mann« und »Frau« eröffnet werden.

**»ES REICHT –  
WIR KÄMPFEN  
ZUSAMMEN«**

**DEMO  
8. MÄRZ | 14.00 UHR  
ZUM FEMINISTISCHEN KAMPFTAG  
KÖNIGSWORTHER PLATZ  
offen für alle**

Veranstalter\*in: Das diesjährige 8.-März-Bündnis

## Rolle vorwärts in eine Stadt für alle

Eine andere Architektur des Zusammenlebens braucht feministische Utopie als Baustein.



Foto: Shutterstock

Im letzten Jahr trieb uns die Sorge um Demokratie angesichts der Siegeszüge rechts-authoritärer Bewegungen bei uns und in den westlichen Gesellschaften um, die die Teilhabe vermeintlich gleichberechtigter Bürger\*innen an der Gestaltung von Staat und Gesellschaft zumindest in ihren Verfassungen garantiert haben. Frauen sind Expertinnen im Einklagen ihrer demokratischen Rechte, die ihnen auch in der Demokratie bis heute nicht voll umfassend gewährt sind. So formulierten wir aufmüppig in die allgemein und klagend artikulierte Sorge um Demokratie den Kampfruf »Ohne Feminismus keine Demokratie«! Unsere Köpfe waren noch oben.

In diesem Jahr nicht mehr so unbedingt. Angesichts der weiteren Zuspitzung der weltweiten Krisenlage gestanden auch wir uns Angst als allgemeines, oft diffuses Lebensgefühl zu in der Welt, die immer mehr aus den Fugen gerät, immer unberechenbarer und gefährlicher wird. Gerade hatte Donald Trump die Präsidentschaftswahl in den USA gewonnen, wenn die Zeitung erscheint, wird er sein Amt angetreten haben. Weitere Kriege, Gewalt an Menschen und Natur – beide schlagen brutal zurück. Die Regierenden in unserem Land zerstreiten sich in ihrer Handlungsunfähigkeit angesichts der Überlagerung menschenbedrohender Problemlagen. Jetzt stehen Neuwahlen an. Zu befürchten ist, dass die Kräfte Oberhand gewinnen, die die letzten Reste sozialer Garantien, die der Staat bisher noch denen gewährt, die ihre Existenz nicht aus eigener Kraft bewerkstelligen können, der »Wettbewerbsfähigkeit« des Wirtschaftsstandortes Deutschland und der Konzentration der staatlichen Ausgaben auf die Finanzierung einer neu als notwendig erfundenen »Kriegstüchtigkeit« des Landes opfern werden.

Schon allein das Eingeständnis, dass unsere Ängste sich auch mit dem sich verstärkenden Zweifel an dem Sinn unseres politischen Engagements in unseren regio-

nalen Zusammenhängen manifestieren, richtete unsere Köpfe Stück für Stück wieder auf. Angst essen Seele auf, das lassen wir nicht zu!

Wir sind ein Bündnis regionaler frauenpolitischer Initiativen mit einem großen Anteil migrantischer Frauen, die uns den Blick über unsere Grenzen in die Länder erweitert, die von Krieg, Armut, Frauenunterdrückung in unsäglich größerem Ausmaß betroffen sind, die sich für die Abschaffung dieses Elends gerade auch in einer reichen westlichen Stadt wie Hannover engagieren.

Und was erleben wir gerade in dieser Stadt? Sie hat »Stadtentwicklung« ganz oben in ihr Regierungsprogramm geschrieben. Sie will den Autoverkehr verringern, die Stadt den Bürger\*innen als Ort des sozialen und kulturellen Zusammenkommens zurückgeben. Das unterstützen wir. Aber zugleich fragen wir uns, wie eng Stadtentwicklung verstanden wird, wenn sie mit der Gestaltung neuer Plätze in Kauf nimmt, dass Bettler\*innen, Obdachlose, Wohnungslose, Sexarbeiterinnen und Zwangsprostituierte von diesen Plätzen vertrieben werden. Wenn sie Fördergelder für Initiativen streicht – wie z.B. für unsere Bündnisinitiative Kargah, in der interkulturelles Zusammenkommen Programm ist, also inklusive Stadtentwicklung betrieben wird, in der die großen Fragen von Krieg und Gewalt sich im Alltag niederschlagen.

Wir hatten unser Thema gefunden. Stadtentwicklung – aber nicht als (wie in Hannover) von Männern verordnete Politik von oben in räumlicher Hochglanzgestaltung, die in schönen Bilderentwürfen präsentiert wird. Sondern als Politik von unten, die die Bedürfnislagen aller Menschen einbezieht, also auch derjenigen, die vom Standpunkt gesättigter Bürger\*innen einer ordentlichen Stadt im Wege stehen und auch auf den Hochglanzbildern nicht abgebildet sind.

## Wir fragen:

- In welcher Stadt/Gemeinde wollen wir in all unserer Unterschiedlichkeit, mit unseren verschiedenen Bedürfnissen und Verwundbarkeiten gemeinsam leben?
- Was müssen wir verändern, welche Kämpfe sind angesagt, um auf eine Stadt/ein Dorf/eine Gemeinde zu orientieren, in denen menschliches Maß statt kapitalistische Maßlosigkeit das Leben bestimmt?



**Wenn ich es wage, mächtig zu sein, meine Kraft in den Dienst meiner Vision zu stellen, dann wird es immer weniger wichtig, ob ich Angst habe.** <<

Audre Lorde

Barbara Zibell, Planerin und langjährige Professorin am Fachbereich Architektur der Leibniz-Universität Hannover, spricht in ihrem Buch »Care-Arbeit räumlich denken« (2021), das Pflichtlektüre für alle Akteur\*innen für Stadtentwicklung sein sollte, von einer »anderen Architektur des Zusammenlebens« (S.16), an der es zu arbeiten und um die es zu kämpfen gilt. Bausteine dafür seien feministische Utopien.

Es lässt sich nicht oft genug wiederholen: Die umfassendste Utopie ist, die Menschen in den Stand zu versetzen, ihr Menschsein in all seinen Möglichkeiten auszubilden und alle gesellschaftliche Produktion an diesem Zweck zu orientieren. Das ist nicht weniger, als dem Kapitalismus an den Kragen zu gehen und sein alles dominierendes Prinzip gewinnbringender Verwertbarkeit dem Menschsein als Zweck des Handelns unterzuordnen.

**Klar** – das ist Utopie. Aber nur noch Utopien sind realistisch, wie Oskar Negt es formuliert hat.

Packen wir es an! Bringen wir feministische Utopie in die »Architektur unseres Zusammenlebens«. Vertreiben wir unsere Ängste im Handeln! ■ **Jutta Meyer-Siebert**

Kontakt:  
jmsiebert@t-online.de

## LITERATURTIPP

Barbara Zibell:  
»Care-Arbeit räumlich denken. Feministische Perspektiven auf Planung und Entwicklung«  
Wettingen 2021

Internationales  
Frauenfest\*  
**8. MÄRZ**

Samstag, 8. März  
17.00 Uhr  
KARGAH-HAUS UND  
FAUST-WARENANNAHME  
Zur Bettfedernfabrik 1  
30451 Hannover

**LAUT!  
STARK!  
SELBST-  
BESTIMMT!**

Eine ausführliche  
Beschreibung findet ihr  
im Programmteil auf  
Seite V.

\*nur für Frauen\*

Veranstalterinnen\*:  
LaRosa – Internationaler  
Frauentreff/kargah e.V.

# Schulen müssen Orte sein, an denen sich alle wohlfühlen!

## Standardraumprogramm

Das ist der Rahmen, der in Hannover politisch gesetzt wurde, wenn es um Schulsanierungen oder Schulneubauten geht. Darin werden Bedarfe beschrieben. Sie ergeben sich u.a. aus Vorgaben für Stundentafeln und Beschulungsformen. Weiter müssen die Schulen an die Inklusion angepasst werden. Immer wieder ist beim Schulbau vom Brandschutz die Rede. Das ist nicht falsch, alles in technisch-bürokratischer Sprache in Wort und Schrift.

Worum geht es? Es gibt ein Problem, möglicherweise Sanierungsbedarf an einer Schule. Also muss eine Lösung her. Geld ist ohnehin wenig oder gar nicht vorhanden. Dennoch muss gehandelt werden. Also wird geplant und abgearbeitet. Je nach Schulform nach einer anderen Tabelle, die z. B. Raumgrößen für Klassenräume, Ganztagsbedarfe, Schulfächer(schränke) ausweist.

## Beim Schulbau braucht es einen anderen Blick!

Kinder und Jugendliche verbringen oft mehr Zeit in der Schule als ihre Eltern am Arbeitsplatz. Der Bildungsforscher Aladin El-Mafaalani hat in einem Vortrag Anfang September 2024 in der Leonore-Goldschmidt-Schule hervorgehoben: Schulen ergänzen nicht mehr nur Familie, sie ersetzen sie in weiten Teilen. Dabei betont er, Familienformen seien heute so plural und unterschiedlich geworden, dass von »der« Familie als vergleichbarer Struktur des Zusammenlebens, in der ein Großteil der Kinder aufwächst, nicht mehr ausgegangen werden kann.

Sein Fokus richtet sich auf das »Wohlfühlen«. Ist das ein Affront? Schließlich sollen Schüler\*innen Leistung bringen und die PISA-Ergebnisse haben uns lange genug im wörtlichen Sinn doof dastehen lassen. Und

genau hier liegt der Zusammenhang. In schlechten Umgebungen lernt es sich nicht gerne und gut schon einmal gar nicht.

Schulbauten sehen heute anders aus als die Schulen, in die viele von uns gegangen sind. Dahinter steht im besten Fall die Erkenntnis, dass Schulbauten eine zeitgemäße und hochwertige Bildung für alle unterstützen. Das Schlagwort lautet: Pädagogische Architektur. Sie beschreibt die Gestaltung von Räumen und Gebäuden, die speziell auf Bildungsprozesse und die Bedürfnisse von Lernenden ausgerichtet sind. Dabei geht es darum, die Architektur als aktiven Bestandteil des Lernprozesses zu verstehen, der das Lernen fördert, unterstützt und inspiriert.

Diese Herangehensweise muss zur selbstverständlichen Grundidee werden bei allen notwendigen Bauvorhaben an Schu-

len. **Schulen sind nicht nur Orte der Wissensvermittlung, sondern prägende Lebensräume für Kinder und Jugendliche. Die in Schulen Beschäftigten haben ebenso ein gutes und gesundes Arbeitsumfeld verdient.** Drei Viertel aller Lehrkräfte an allgemeinbildenden Schulen in Niedersachsen sind Frauen. Für alle gilt: Ein durchdachtes, wohlthuendes Umfeld stärkt Persönlichkeitsentwicklung und soziale Kompetenzen.

Die Standardraumprogramme unserer Landeshauptstadt müssen dringen erneuert werden. Statt Raumbedarfe und Funktionen zu beschreiben, muss der pädagogische Wert und Anspruch im Vordergrund stehen. Es geht um nämlich nichts Geringeres als um Orte, an denen sich alle wohlfühlen! ■

Maren Kaminski, Gewerkschaftssekretärin GEW Hannover

Kontakt:  
gew@gew-hannover.de

# Frauen mit Behinderung organisieren sich

In Niedersachsen gab es am 31. Dezember 2017 insgesamt 752.251 Menschen mit einer Schwerbehinderung, davon waren 362.117 Frauen (48,1 Prozent) (Quelle: Landesamt für Statistik Niedersachsen).

Frauen mit Behinderungen sind sowohl gegenüber nicht behinderten Frauen als auch gegenüber den Männern einer doppelten Benachteiligung ausgesetzt. Ihre spezifischen Bedürfnisse und Probleme werden oftmals nicht genügend erkannt und beachtet, da sie in der Menge der Menschen mit Behinderungen »untergehen«. Auch in Statistiken tauchen Frauen mit Behinderungen meist nicht als eigenständige Gruppe auf.

Hierfür können die folgenden Beispiele genannt werden:

- Es gibt mehr berufstätige Männer als berufstätige Frauen mit Behinderungen.

- Es gibt mehr Männer mit Behinderungen als Frauen mit Behinderungen in einer Partnerschaft (die Rolle der »pflegenden« Frau ist anerkannter – und häufiger – als die des pflegenden Mannes).

- Frauen mit Behinderungen unterliegen stärker dem öffentlichen/gesellschaftlichen Schönheitsideal als Männer mit Behinderungen.

- Es gibt geschlechtsspezifische Toiletten – außer bei behindertengerechten WC's.

- Es gibt häufig entweder eine geschlechtsneutrale oder aber eine männliche Betrachtungsweise (»Da war auch jemand im Rollstuhl« oder »Da war auch ein Rollstuhlfahrer - ach, das war ja eine Frau«).

- Auch in Statistiken tauchen Frauen mit Behinderungen häufig nicht als eigen-

ständige Gruppe auf - es sei denn, Frauen (mit Handicap) sind die Autorinnen/Statistikerinnen.

- Spezifische Bedürfnisse werden oftmals nicht genügend erkannt und/oder beachtet.

Um Frauen mit Behinderungen ein Forum zu geben, haben sich Frauen mit unterschiedlichsten Behinderungen im »Niedersächsischen Netzwerk für Frauen mit Behinderungen« zusammengeschlossen, das 1994 auf Initiative des Behindertenbeauftragten des Landes gegründet wurde. Das Netzwerk ist ein überparteiliches Gremium, das alle Frauen mit Behinderungen anspricht, die ihre selbst bestimmte Zukunft mitgestalten wollen.

Die ehrenamtlich arbeitenden Netzwerksprecherinnen halten Kontakt zu Behindertenverbänden und -initiativen

sowie zu anderen gesellschaftlichen Gruppen, nehmen an Fortbildungen und Seminaren teil und stehen als Referentinnen für Tagungen zur Verfügung.

Netzwerkerinnen aus ganz Niedersachsen treffen sich ca. zwei Mal im Jahr, um aktuelle Entwicklungen zu diskutieren, gemeinsame Aktivitäten zu planen und durchzuführen.

Am 17. Dezember 2024 feierte das Niedersächsische Netzwerk Frauen mit Behinderung sein 30-jähriges Jubiläum. Hiernach sind neue Aktivitäten geplant, um auch bei Aktionstagen, die Frauen betreffen, sich stärker zu beteiligen. Zum Beispiel One Billion Rising am 14. Februar, am Internationalen Frauentag am 8. März etc. ■

Ina Neufrau, Nds. Netzwerk für Frauen mit Behinderung



Kontakt:  
I.Neufrau@gmx.de

# Schaut auf euren Rentenbescheid!

Warum Frauen am Internationalen Frauentag laut werden müssen



Am 8. März, dem Internationalen Frauentag, stehen Frauenrechte und Gleichstellung im Mittelpunkt. Doch was bedeutet Gleichstellung, wenn Frauen noch immer deutlich weniger verdienen als Männer – und das über ihr gesamtes Leben hinweg? Die Folgen dieser Ungerechtigkeit zeigen sich besonders drastisch im Rentenalter. Es ist höchste Zeit, laut zu werden und Gerechtigkeit einzufordern!

## Equal Pay Day: Die Ungleichheit beginnt mit dem Lohn

Der Equal Pay Day, der jedes Jahr die Lohnlücke zwischen Frauen und Männern sichtbar macht, erinnert uns an eine bittere Wahrheit: In Deutschland verdienen Frauen immer noch 18 Prozent weniger pro Stunde als Männer. Selbst bei gleicher Ausbildung und Position bleibt eine Differenz von sieben Prozent bestehen. Der Gender Pay Gap ist nicht nur ein Problem für den Moment – er hat weitreichende Konsequenzen für die Zukunft.

Der Equal Pay Day markiert den Tag, bis zu dem Frauen im Vergleich zu Männern theoretisch unbezahlt arbeiten. 2024 fällt dieser symbolische Tag auf den 7. März. Doch die Ungerechtigkeit endet nicht beim Gehalt – sie zieht sich bis ins Alter durch.

## Altersarmut: Frauen zahlen die Rechnung

»Was hat der Rentenbescheid mit dem Equal Pay Day zu tun? Sehr viel! Die Lohnlücke von heute ist die Rentenlücke von morgen. Frauen, die wegen Familienphasen, Krankheit oder Teilzeitarbeit nicht genug verdienen, stehen oft vor einem Leben in relativer Armut – bis ins hohe Alter.«

Die Fakten sind alarmierend: Jede dritte Frau, die in Vollzeit arbeitet, droht nach 40 Arbeitsjahren eine Rente von weniger als 1.000 Euro im Monat. Laut einer Anfrage der Linkspartei betrifft das 38 Prozent aller vollzeitbeschäftigten Frauen. Um eine Rente von 1.000 Euro zu erhalten, müsste eine Person 40 Jahre lang durchgehend ein Bruttoeinkommen von mindestens 2.844 Euro haben – ein Einkommen, das viele Frauen schlichtweg nicht erreichen.

Besonders betroffen sind Alleinerziehende und Frauen in Teilzeitjobs. Nur 32,6 Prozent der Frauen arbeiten in Vollzeit. Gleichzeitig ist die Care-Arbeit – also die unbezahlte Betreuung von Familie, Kindern und pflegebedürftigen Angehörigen – nach wie vor überwiegend Frauensache. Sie drängt Frauen in Minijobs oder Teilzeit und führt zu einer prekären wirtschaftlichen Situation.

## Was hat das mit uns allen zu tun?

Die Folgen dieser Ungleichheit sind nicht nur ein persönliches Schicksal – sie betreffen die gesamte Gesellschaft. Kommunen wie Laatzen, eine strukturschwache Stadt in der Region Hannover, zeigen deutlich, wohin die Reise geht: steigende Altersarmut, wachsende Sozialhilfeansprüche und eine immer größer werdende soziale Schere.

»In Laatzen sehen wir deutlich, wie viele Frauen nicht auf eine auskömmliche Rente hoffen können. Sozialhilfe im Alter wird für viele zur Realität, insbesondere, wenn Eigenanteile für Pflegeheime nicht aufgebracht werden können.«

Diese Entwicklung betrifft vor allem Frauen, die ohnehin schon mit niedrigen Einkommen und hohen Lebenshaltungskosten zu kämpfen haben.

## Fordert eure Rechte ein!

Was können Frauen tun? Für gutverdienende Frauen lautet die Botschaft: Sichert euch ab! Ob durch Eheverträge, klare Absprachen zur Aufteilung von Care-Arbeit oder den bewussten Schritt zurück in die Vollzeitbeschäftigung nach der Familienphase – jede Frau sollte sich ihrer Rechte und Möglichkeiten bewusst sein.

»Teilzeit füllt keine Rente – weder die gesetzliche noch die private. Frauen müssen ihre finanzielle Unabhängigkeit stärker einfordern und absichern.«

Doch was ist mit Frauen, die bereits in prekären Verhältnissen leben? Hier braucht

es einen grundlegenden gesellschaftlichen Wandel. Es reicht nicht, Frauen mit warmen Worten am 8. März zu feiern – wir brauchen politische Maßnahmen, die die wirtschaftliche Situation von Frauen verbessern:

- **Gleicher Lohn für gleiche Arbeit:** Der Gender Pay Gap muss geschlossen werden.
- **Anerkennung von Care-Arbeit:** Unbezahlte Familienarbeit darf nicht länger unsichtbar bleiben.
- **Förderung von Vollzeitbeschäftigung für Frauen:** Flexible Arbeitsmodelle und bessere Kinderbetreuung sind entscheidend.
- **Schutz vor Altersarmut:** Rentensysteme müssen Frauen besser absichern.

## Laut werden am Frauentag – und darüber hinaus

Der 8. März ist ein Tag, um die Stimme zu erheben – für gerechte Löhne, für finanzielle Sicherheit und für eine Zukunft, in der Frauen nicht länger die Leidtragenden eines ungleichen Systems sind. Altersarmut ist kein Schicksal, sondern das Ergebnis von strukturellen Ungerechtigkeiten, die wir nicht länger hinnehmen dürfen.

**Frauen, schaut auf euren Rentenbescheid – und handelt! Der Kampf für Gleichberechtigung hört nicht beim Lohnzettel auf, sondern geht weit darüber hinaus.** ■

Nicole Hendrych, Gleichstellungsbeauftragte Stadt Laatzen

Quellen:  
— Anfrage Linksfraction an den Bundestag / 2023  
— Sozialbericht der Region Hannover / 2023  
— Nicole Hendrych – Gleichstellungsbeauftragte Stadt Laatzen

www.equalpayday.de

Kontakt:  
TeamGleichstellung  
@laatzen.de

# Reden zum sozialen Kahlschlag in Hannover

Demonstration und Kundgebung der »Vereinten Kultur« am 7. Dezember 2024

## Rede (Auszug): Sabine Wegmann und Kira Wieckenberg

Landesvorstand Nds./HB der Bildenden Künstler\*innen in ver.di

### Liebe Kolleg\*innen, Freund\*innen und Genoss\*innen,

die geplanten Kürzungen von SPD, CDU und FDP in Hannover sind ein Angriff – ein Angriff auf uns Alle und ein Angriff auf die Arbeitsbedingungen und die Lebensgrundlage von Künstler\*innen. Wir sind Sabine Wegmann und Kira Wieckenberg, Mitglieder des Landesvorstands der Bildenden Kunst in ver.di. Ich selbst bin freie Künstlerin in Hannover. Präsentations- und Arbeitsorte wie die Artothek, die Zukunftswerkstatt Ihmezentrum oder die Faust sind direkt betroffen. An diesen Orten arbeiten wir, zeigen unsere Kunst und stellen sie zur Diskussion. Arbeitsräume, die ohnehin knapp sind, verschwinden, wenn die Agentur für Zwischenraumnutzung zusammengespart wird. ...

### Das dürfen wir nicht hinnehmen!

### Aber Hannover kürzt nicht nur bei der Kunst!

Der Angriff richtet sich gegen uns alle. Die geplanten Kürzungen in der Geflüchtetenhilfe, in der migrantischen Selbstorganisation, in der Suchthilfe, der Umwelthilfe, den Kul-

turzentren und dem selbstorganisierten Jugendzentrum Kornstraße bedeuten, dass Menschen im Stich gelassen werden, die ohnehin schon täglich kämpfen müssen: Kämpfen ums Überleben und ein Leben entgegen dem im rassistischen, sexistischen und patriarchalen Normalzustand. Kämpfen gegen eine Wirtschaftsordnung, die den Planeten unbewohnbar macht oder kämpfen einfach nur für ein wenig Freiraum. Diese Kürzungen sind eine Klassenfrage, denn sie betreffen alle, die nicht mit einem goldenen Löffel im Mund geboren sind. ...

### Das ist ein Skandal!

Eine Stadt, die kulturelle und soziale Einrichtungen opfert, ist keine Stadt der Zukunft. Sie ist eine Stadt des Rückschritts. Dass diese Stadt für sich selbst in der neusten Marketingkampagne des Kulturdezernats den Titel Kulturstadt beansprucht, um den Tourismus anzukurbeln, während sie zeitgleich mit ihrer Politik unsere Lebensqualität aushöhlt und Existenzen bedroht, ist ein Hohn, der seinesgleichen sucht. Wenn sie uns die Orte nehmen, an denen wir uns treffen, zusammen denken, uns gegenseitig stützen und uns organisieren, dann treffen sie uns hart, und sie treffen uns in dem zutiefst menschlichen Bedürfnis nach Kommunikation, Gemeinschaft und Verbindung. ...

Aber wir lassen uns auch nicht abspei-

sen mit einem Erhalt des Status Quo oder faulen Kompromissen. Der Angriff auf uns ist ein Angriff auf uns alle. Unsere Antwort:

### Solidarität und Widerstand!

Lasst uns anfangen, unseren Abwehrkampf mit den sozialen- und Arbeitskämpfen von Millionen anderer Menschen dieser Zeit zu verbinden. Gegen die Kürzungen zu sein heißt auch, für mehr Mindestlohn, höheres Hartz IV oder neudeutsch Bürgergeld und Honoraruntergrenzen zu streiten. Dafür einzustehen, heißt ebenso, für bessere Finanzierung von freien Trägern von Kunst, Kultur und Soziokultur zu streiten. Wir sollten nicht denen auf den Leim gehen, die versuchen, uns gegeneinander auszuspielen, indem sie faire Bezahlung und gute Arbeitsbedingungen in Konkurrenz zu der Vielfalt und Fülle von Kulturprojekten stellen.

### Diese Konkurrenz ist konstruiert und schädlich, wir wollen beides!

### Diese Kürzungen sind kein Naturgesetz! Sie sind das Ergebnis von politischen Entscheidungen!

Es ist das Wesen des Kapitalismus, die Reichen zu schonen und die Armen zu belasten. Wir erleben, dass der Staat als Institution mit seiner Politik die Geschäftsgrundlage für die Ausbeutung von Menschen durch Menschen bietet. Während



Foto: NDR

sich in der internationalen Staatenkonkurrenz mal mit Handel, mal mit Waffengewalt bekriegt wird und Milliarden in klimaschädliche Industrien, Waffen und Steuer geschenke für Großkonzerne und Superreiche fließen, sollen wir uns mit weniger Lebensqualität, weniger Sicherheit und weniger Zukunftschancen zufriedengeben.

In unserem Interesse ist kein Krieg, kein Dax Kurs, und keine glücklichen Kapitaleigner von VW!

### Wir wollen ein gutes Leben, und wir wollen es zusammen!

...

### Also, lasst uns laut sein, lasst uns sichtbar sein, lasst uns kämpfen! Hannover gehört uns! ■

Anmerkung der Redaktion: Die HAZ titelte am Tag nach dem Ratsbeschluss am 12.12.24 zum Haushalt:

»Weniger für Migrationsarbeit, mehr für Sport«. Besonders getroffen hat es unseren Bündnispartner Kargah e.V., die parteilich und kraftvoll Migrationsberatung machen.

Kontakt:

kunst.nds-hb@verdi.org

## Rede (Auszug): Peggy

Unabhängiges Jugendzentrum Kornstraße

Hallo, ich bin Peggy und spreche für das Unabhängige Jugendzentrum Kornstraße. Nicht als Jugendliche, aber als organisierte Nutzerin und Aktivistin, Beschäftigte und Fan der Korn.

In der Korn wird viel kritisiert. Wir kritisieren die herrschenden Verhältnisse, die Verwerfungen des Kapitalismus und viel uns selbst oder unsere Strukturen.

Wir kritisieren Staat, Religion und Patriarchat. Womit wir bei den Männern der hannoverschen »Deutschland-Koalition« wären. ...

Zu der sehr wahren Aussage über die Verwirklichung von AfD-Politik durch diese Koalition gehört eine weitere Wahrheit: Eine Extremismusklausel, wie sie gerade der Korn aufgenötigt werden soll, ist mitnichten nur ein Angriff auf die Korn. Denn,

und auch das ist wahr, solche Extremismusklauseln haben in der Vergangenheit viel zivilgesellschaftliche Arbeit kaputt gemacht. Statt Vertrauen, Beziehungsarbeit und Fachlichkeit sollen zukünftig Misstrauen, Angst um die Finanzierung und Kontrolle die Jugendarbeit bestimmen. Statt junge Menschen darin zu unterstützen sich zu organisieren; statt Räume zur Gestaltung und Veränderung von Gesellschaft und Wahrnehmung demokratischer Rechte zur Verfügung zu stellen, sollen nur diejenigen Orte und Jobs haben, die sich den herrschenden Verhältnissen fügen, nicht widersprechen. ...

Dass die Abschaffung der Korn und anderer unliebsamer Projekte inhaltlich ein Anliegen der CDU ist, das ist nicht neu. Dafür hat sie bereits vor einigen Jahren im Schulterchluss mit der AfD Stimmung gemacht. Die SPD begibt sich nun aus tak-

tischen Gründen auch auf diesen Pfad. Inhalte werden gegen Stimmmehrheiten getauscht. Damit reißt die SPD die Brandmauer ein. ...

Die Zumutungen einer Extremismusklausel erlebten schon in der jüngeren Vergangenheit unzählige Initiativen, die sich geweigert haben, einen solchen Irrsinn zu unterschreiben – und in der Folge dringend notwendige Projekte zur Demokratieförderung nicht durchführen konnten.

Statt alles daran zu geben, die bisherigen Fehler nicht zu wiederholen, steht nun eine Zäsur in der Kinder- und Jugendarbeit bevor: Nicht mehr Fachlichkeit oder Bedarfe werden entscheiden, welche Projekte in dieser Stadt umgesetzt werden und wer Räume nutzen kann, sondern die Angst vor Repression und Förderungszug. ...

Vor einem Jahr machte die Verwaltung

massive Kürzungsvorschläge vor dem Hintergrund finanzieller Probleme. Heute macht die Deutschlandkoalition drastische Vorschläge vor dem Hintergrund von Ideologie und Machtinteressen.

Kargah und Faust zu kürzen, der Korn eine Extremismusklausel aufzudrücken, ist nicht anderes, als unliebsamen zivilgesellschaftlichen Akteur\*innen das Wasser abzugraben. Ich zitiere uns selbst: Was jetzt kaputt gemacht wird, wird nicht einfach in ein paar Jahren zurückgeholt werden können, wenn die Ratsmehrheit es sich anders überlegt hat. Das ist eine veritable Zersetzung des Gemeinwesens in dieser Stadt.

Was wir wollen, sind der Erhalt und die Absicherung der Projekte, und das ist keine Utopie. Es braucht keine Millionen, die nicht da sind, es braucht zwei aus der hannoverschen SPD, die sich trauen den Irrsinn nicht mitzumachen. Wir fordern nichts Geringeres als den Aufstand der Anständigen. .... ■

Kontakt:

info@ujz-korn.de

Kampagnenkontakt:

kampagne@vereintekultur.de

## Zwischenruf

Mich bewegt auch all das, was in dieser und in den vielen vorherigen Zeitungen zum internationalen Frauentag steht, doch eines steht über allem:

### die Frage nach Frieden und Krieg.

Mich plagen regelmäßig Gedanken, ist es richtig gewesen, Kinder zu bekommen? Was für eine Welt hinterlässt du ihnen? Was gehört zu einem guten Leben? Drohungen, Gewalt und Kriege sicher nicht.

Warum scheint es so wenige zu interessieren, dass wir vor einem 3. Weltkrieg stehen?

Oder genauer gefragt: wenn es euch bekannt ist, macht es euch keine Angst? Angst ist keine gute

Ratgeberin, sie führt oft in die Anpassung und Resignation, weniger oft in die Aktion, in eine Handlung. Empört es euch nicht, dass in ganz Europa lediglich in Deutschland wieder mal US-Raketen aufgestellt werden sollen ab 2026? Mal abgesehen davon, dass dieser Kanzler Scholz

dem Ansinnen der USA zugestimmt hat wie ein Fürst, wir hier werden zu einem zentralen Ziel, ob durch einen Angriff oder einen Gegenschlag, das ist bei dieser tödlichen Atomfracht sowieso schon scheißegal. Auch egal?

Ich frage (mich): warum funktionieren dieser Abschreckungsgedanke und die fortwährende Logik, der Stärkere wird siegen, immer noch? Eine unschöne Erklärung habe ich: Wir fühlen uns nicht gut bezahlt für unsere Arbeit, vielen anderen geht es besser- angeblich oder wirklich?- die Ungerechtigkeit, der Neid nagt an uns, also brauchen wir einen Schuldigen und jemanden, auf den wir herabsehen können, damit wir das schlechte Gefühl wegdrücken können ... Und weiter geht's im Trott. Hilft es? Wenn überhaupt, dann nur kurz, also wird es wiederholt. Hilft es nun? Nein, aber Neid, Missgunst und Hass wachsen.

Im Alltagsverstand ist verankert: Bei Auseinandersetzungen siegt der Stärkere, aber das stimmt auch nur vordergründig. Wenn im

Krieg Staaten und Völker aufeinander losgehen, stimmt es auf keinen Fall. Verlierer\*innen sind in allen Völkern die meisten Menschen, die unzähligen Toten, das Land, die Natur, die Kultur. Gewinner sind eine kleine Kaste Superreicher, die mit Waffenproduktion und -verkauf Geld scheffeln und dann auch noch daran verdienen, die zerstörten Länder wieder bewohnbar zu machen, indem sie Häuser, Straßen, Schulen, Krankenhäuser, Verwaltungen bauen lassen, Autos, Lastwagen, Züge, Flugzeuge. Und wieder steigt der DAX, das dezente Synonym für Profit.

Ich bin wütend, sauer, manchmal zweifelt. Was steht dagegen, was hindert Menschen, diese Argumente nachzuvollziehen? Was wäre es für ein gutes Leben, wenn wir gemeinsam dafür sorgten, dass das viele Geld, was in diesem reichen Land vorhanden ist, für die Bedürfnisse der großen Mehrheit der Bevölkerung eingesetzt würde!

Für Menschen, Tiere und Pflanzen, Geld für gemeinschaftliches Wohnen und Leben, zur Sanierung maroder Brücken und

Schienen, für Schulen, in denen gut gelernt werden kann, für kleine Kita-Gruppen mit ausgeruhten Erzieherinnen, die alle Kinder nach ihren jeweiligen Bedürfnissen fördern können und nicht zuletzt für Unternehmungen, die uns in gute Beziehungen zu unseren Nachbarstaaten bringen.

Tja, ich wiederhole mich: warum kommen wir nicht durch mit diesen Ideen? Dazu gibt es viele kluge Untersuchungen, Theorien und Ideen, die hier an dieser Stelle keinen Platz haben. Ich stelle diese Frage besonders an euch, liebe Leser\*innen, was denkt ihr dazu?

Ich frage mich dies auch selbst und überprüfe, ob diese Vorschläge tragfähig sind. Sicher wird es nicht ohne Konflikte abgehen, wenn wir z.B. eine gerechtere Steuerpolitik umsetzen wollen, doch ich bleibe dabei: Krieg ist keine Lösung! ■

Sabine Wegmann, Rosa-Luxemburg-Stiftung Niedersachsen e.V.

Kontakt: sabine.wegmann@rls-nds.de



# Essbare Stadt auch in Hannover möglich?

Im Oktober 2024 habe ich von Köln aus mit dem Schiff eine Rheintour gemacht. Die erste Anlegestelle war in Andernach, einer 2000 Jahre alten Stadt mit ca. 30.000 Einwohner\*innen.

Dort hatte ich einen Stadtrundgang gebucht. Außer der Historie und der gut erhaltenen Innenstadt mit einer prächtigen Stadtmauer war unsere Begleitung sehr stolz auf ihre »Essbare Stadt«- abgeleitet aus dem englischen »Urban Gardening«.

Dieses Projekt begann 2010. Die Idee dazu hatte ein Mitarbeiter aus dem Stadtplanungsamt.

Stadteigene Flächen wurden mit Gemüse, Sträuchern, mehrjährigen Stauden und auch Bäumen bepflanzt. Auch Blühwiesen wurden angelegt. Die Einwohner\*innen dürfen dies alles nach der Reife ernten. Anstatt »Betreten verboten« ist Pflücken ausdrücklich erlaubt!

Besonders im Burggraben entstand eine große Anbaufläche. Aktuell auch mit Hühnern, so dass jeden Morgen frische Eier zur Verfügung stehen.

Ein Teil von dem Angepflanzten steht nicht zur Verfügung, sondern wird verkauft.

Der Erlös kommt dem Projekt zugute.

Die Fußgängerzone wird mit modernen Hochbeeten aufgelockert, die mit allen möglichen Kräutern bestückt sind. Dies wird von den Geschäftsinhaber\*innen befürwortet und mitgetragen. Betreut werden die Anbauflächen von Stadtangestellten mit Hilfe von Langzeitarbeitslosen und Freiwilligen. Für dieses Konzept gab es schon mehrfach Preise und Auszeichnungen.

### Warum sind »Essbare Städte« für die Zukunft wichtig?

Die Essbare Stadt fördert das Bewusstsein für gesunde Lebensmittel, bietet Möglichkeiten, sich gärtnerisch vor der eigenen

Haustür zu betätigen und fördert ein naturverbundenes Leben in der Stadt.

Die Befürchtung, dass das Projekt nicht gut angenommen werden würde, bestätigte sich nicht. Die Angst vor Vandalismus war ebenfalls unbegründet.

Bei dem Rundgang durch die Stadt wurde mir plötzlich klar, weshalb mir Andernach bekannt vorkam. Ich hatte dieses Projekt in der Sendung Plan B im ZDF gesehen. Viele weitere Details können im Internet unter »Essbare Stadt« nachgelesen werden.

In vielen Kommunen, Gemeinden und Städten geschieht dies schon im Kleinen, wie z.B. die Früchte von den Obstbäumen, die auf öffentlichen Flächen stehen und



Foto: privat

## Verschiedene kleinere Ansätze gibt es auch in Hannover

### ZWEI AUSGEWÄHLTE BEISPIELE:

**Obstbäume** zum Pflücken stehen entlang des Fußweges parallel zum historischen Ernst-August-Kanal bei der Wasserkunst Herrenhausen.

**In Ahlem im Willy-Spahn-Park** gibt es alte und neue Obstbäume und viele Beeresträucher, alle laden die Besucherinnen und Besucher zum Naschen ein.

Gabriele Kessemeier

von den Bürger\*innen geerntet werden dürfen. Wohnungsgenossenschaften bepflanzen ihre freien Flächen und die Bewohner\*innen pflegen und ernten das Gemüse und die Früchte. Oder Baumpaten-schaften werden übernommen.

Für Hannover könnte ich mir dies auch sehr gut im großen Stil vorstellen.

Vor allem im Rahmen unseres Mottos: Wie wollen wir in Zukunft in der Stadt leben? ■

Maria Westerkamp-Edoh, Ortsfrauenrat ver.di Hannover

**Kontakt:**  
westerkamp-edoh@web.de

<https://mundraub.org/>

<https://www.hannover.de/Kultur-Freizeit/Naherholung/G%C3%A4rten-genie%C3%9Fen/Hannovers-Neue-G%C3%A4rten/Willy-Spahn-Park>

# Digitale Räume – auch kein Ponyhof...

Digitale Räume sind ein bedeutender Bestandteil des modernen Lebens und bieten Frauen\* zahlreiche Chancen zum Austausch, zur Vernetzung und zum Äußern ihrer Meinungen. Doch trotz dieser Potenziale sind Frauen\* in digitalen Räumen häufig mit Benachteiligungen konfrontiert, die auf patriarchalen Strukturen beruhen. Diese Ungleichheiten äußern sich in verschiedenen Formen digitaler Gewalt, einer ungleichen Machtverteilung sowie in geschlechtsspezifischen Barrieren, die Frauen\* daran hindern, das Internet und digitale Plattformen gleichberechtigt zu nutzen.

Frauen\* sind besonders häufig Betroffene von Online-Hass, Belästigungen und Bedrohungen. Plattformen wie Social Media, Foren und Online-Spiele bieten

Raum für misogynen Kommentare, sexualisierte Gewalt und Mobbing. Besonders betroffen sind Frauen\* der Öffentlichkeit und Feminist\*innen. Sie werden mit Drohungen und Hass konfrontiert, was eine Atmosphäre der Angst schafft und sie in ihrer freien Meinungsäußerung einschränkt.

Im sozialen Nahraum sind Frauen\* überproportional durch (Ex-)Partnerschaftsgewalt betroffen, die inzwischen immer auch in digitalen Räumen stattfindet. In Trennung oder gewalttätigen Beziehungen erleben Frauen\* digitale Kontrolle und Überwachung, Missbrauch von Fotos und Stalking. Die Auswirkungen sind ein starkes Ohnmachtsgefühl, soziale Isolation, Schulden oder langfristige Erkrankungen.

Frauen\* sind in technischen Bereichen

und Führungspositionen stark unterrepräsentiert, was sowohl die Sichtbarkeit weiblicher Perspektiven einschränkt als auch die Berücksichtigung der Bedürfnisse von Frauen\* bei der Gestaltung digitaler Räume und Mittel verringert. Algorithmen, die häufig von überwiegend männlichen Entwicklergruppen programmiert werden, verstärken geschlechtsspezifische Stereotype und Diskriminierungen. Dies zeigt sich etwa in der Darstellung von Frauen\* in sozialen Medien und in der Werbung, wo sie oft auf sexualisierte und stereotype Bilder reduziert werden.

Weltweit sind Frauen\* im Zugang zu technischen Mitteln und dem Internet benachteiligt, sodass eine digitale Kluft entsteht. Dies verschärft bestehende soziale und ökonomische Ungleichheiten und

hindert Frauen\* daran, von den Vorteilen des digitalen Zeitalters zu profitieren. Der fehlende Zugang zu digitalen Ressourcen verhindert, dass Frauen\* ihre Lebensbedingungen verbessern oder gesellschaftliche Veränderungen vorantreiben können.

Gesellschaftlich muss ein stärkeres Bewusstsein für die digitale Benachteiligung entwickelt werden und die Notwendigkeit von Geschlechtergerechtigkeit im digitalen Raum gefördert werden. Nur durch eine ganzheitliche Auseinandersetzung mit den Herausforderungen der digitalen Gleichstellung kann ein digitaler Raum entstehen, der Frauen\* die gleichen Chancen, Sicherheit und Gleichberechtigung bietet. ■

Katharina Krüger, AWO Region Hannover e.V.

**Kontakt:**  
Katharina.krueger@awo-hannover.de

<https://www.aktiv-gegen-digitale-gewalt.de/>

# Afghanische Frauen vernetzen sich in Hannover



Foto: privat

Afghanistan aufmerksam zu machen.

Die Organisation veranstaltet auch kulturelle Feste, die afghanischen Familien und Kindern, die außerhalb Afghanistans aufgewachsen sind, dabei helfen, die Werte und Traditionen ihres Heimatlandes wieder kennenzulernen. Um diese Aufgabe zu fördern, bietet sie Dari- und Paschtu-Kurse für diejenigen an, die diese Sprachen lernen und üben möchten.

Shafiqa und ihre Initiativen sind bei den Afghanen und verschiedenen deutschen Organisationen für ihre wirkungsvollen und effektiven Beiträge weithin anerkannt.

Darüber hinaus koordinierte sie psychologische Dienste für afghanische Frauen und Mädchen, die unter verschiedenen psychischen Problemen leiden, und stellte sicher, dass sie die nötige professionelle Unterstützung erhalten.

Afghanische Frauen und Mädchen brauchen Unterstützung, und die größte Herausforderung bei der Bereitstellung dieser Unterstützung sind die unzureichenden finanziellen Mittel, die Organisationen wie dem Verein Afghanisches Frauennetzwerk zur Verfügung stehen. Dennoch bleibt sie optimistisch, was die Möglichkeit betrifft, dass sie auch mit begrenzten Mitteln etwas bewirken kann.

In Hannover gibt es eine 2013 gegründete Organisation namens Sympathisanten der

Solidaritätspartei Afghanistan in Europa, die sich für die Grundsätze der Demokratie, des Säkularismus und der Gleichheit einsetzt. Diese betreibt Aufklärungsarbeit in Form von Demonstrationen, die sich insbesondere auf die Menschenrechtssituation in Afghanistan konzentrieren, wobei der Schwerpunkt auf dem von den Taliban verhängten Verbot der Bildung von Mädchen liegt. Sie betreibt fünf versteckte Schulen für Mädchen in Afghanistan, eine Initiative, die darauf abzielt, widri-

ge Umstände wie Kinderheirat und Selbstmord unter jungen Mädchen zu mildern. Darüber hinaus haben sie bei verschiedenen Naturkatastrophen in Afghanistan Ärztinnen und Krankenschwestern unterstützt und sich um die Bedürfnisse der weiblichen Opfer gekümmert. Für das kommende Jahr planen sie, den Internationalen Frauentag und Nawroz zu begehen. ■

Eine afghanische Frau der Internationalen Frauengruppe LaRosa/Kargah

**Kontakt:**  
la.rosa@kargah.de

Shafiqa Hassan wurde in Afghanistan geboren und kam 1995 nach Deutschland.

Im Jahr 2007 gründete sie den Verein Afghan Women Network - Afghanisches Frauennetzwerk in Hannover, Deutschland. Zu dieser Zeit standen viele afghanische Flüchtlinge vor Herausforderungen in Bezug auf Asylsuche, Integration, kulturelle Sensibilität und Sprachbarrieren. Sie unterstützte zahlreiche afghanische Neuankömmlinge, insbesondere Frauen und Mädchen, und half ihnen, sich in die deutsche Gesellschaft zu integrieren. Außerdem organisierte sie Demonstrationen, um den afghanischen Flüchtlingen in Deutschland Gehör zu verschaffen und auf verschiedene Vorfälle in

# Was uns fehlt! Bezahlbarer Wohnraum für Alle!

Das würde für alle, die in dieser Zeitung geschrieben haben, für alle Frauenprojekte, für Geflüchtete, so viele Frauen die Lösung für viele ihrer Probleme sein oder eine Basis für ein besseres Leben, für Sicherheit, Entwicklung, Gemeinschaft!

Wir wissen, dass es in Hannover Engagierte gibt zu dem Thema. Aber wir haben es im Vorfeld zu der Erstellung dieser Zeitschrift nicht geschafft, diese zu erreichen und Artikel oder Stellungnahmen einzuholen.

Manche erinnern sich noch an die 70er Jahre in Hannover, als wir gemeinschaftli-

ches Wohnen ausprobieren konnten in großen bezahlbaren Altbauwohnungen, von denen es besonders in der Oststadt viele gab. Und es gab eine landeseigene Wohnungsbaugesellschaft, die NILEG, die in ganz Niedersachsen Siedlungen aufgebaut hatte. Dann wurde sie aufgelöst und der Bestand privatisiert. Wie können Junge oder Alte heute gemeinschaftliches Wohnen ausprobieren – bezahlbar? ■

Gabriele Kessemeier, Internationaler Frauentreff La Rosa/kargah e.V.

**Kontakt:** la.rosa@kargah.de



# Sowohl-als-auch – zur Eigenwilligkeit der Orte

Unsere Gegenwart hat die Form eines Und... und... und Auch der öffentliche Raum von Hannover ist geprägt von Gleichzeitigkeiten, Widersprüchen und Unklarheiten in Nutzung und Planung. Was passiert, wenn wir widersprüchliche Zustände und Eindrücke nicht dialektisch auflösen, sondern anerkennen und, wenn nötig, nebeneinander stehen lassen? Aus dem gedanklichen und emotionalen Akzeptieren von Vielseitigkeit können neue Handlungsmöglichkeiten für die Gestaltung von Räumen und Beziehungen entstehen.

Der Andreas-Hermes-Platz und Teile des Raschplatzes, der Steintorplatz und das Ex-Maritim Hotel mit dem Platz vor dem KUBUS sind Orte in Hannover, die in der öffentlichen Meinung als umstritten, unattraktiv oder als Aufenthaltsorte uninteressant gelten. Obwohl sie auf den ersten Blick nicht gefallen mögen – sie sind keine Parks, mediterrane Marktplätze, oder Flusspromenaden – besitzen sie eine eigenwillige Wirkungsmacht. Sie sind Orte immer neu ansetzender Stadtpfplanung und informeller Taktiken der Aneignung. Sie befinden sich in Transformations und teils sind sie im Verschwinden begriffen. Zugleich sind sie Schauplätze von Debatten um das Wesen der Stadt.

Im kritischen Kartieren und Methoden des künstlerischen Mappings wird davon ausgegangen, dass Kartierungen nie neutral sind. Dass die Räume, die wir nutzen, nicht von den Körpern, die sich in ihnen bewegen trennbar sind und dass Räume nicht neutral gestaltet werden, ist eine feministische Grundannahme. Das so genannte (künstlerische) Mapping ist eine Methode für ortsspezifische Recherchen. Dabei lösen sich die künstlerischen Mapping-Verfahren von der Idee einer vermeintlich exakten Wiedergabe eines geografischen Raumes mit seinen Maßen, Bauwerken, Wegen etc. Stattdessen geht es darum, sich den Besonderheiten des Raums individuell anzunähern, subjektive Erfahrungen einzubeziehen und sich selbst zu den Räumen in Beziehung zu setzen.

In einem radikal offenen, dialogförmigen Prozess begehen wir uns auf die Suche nach Eindrücken und Erzählungen an diesen drei Orten. Dabei spielen Spontaneität und Übersetzung eine Rolle. Wir beobachten räumliche Momente, Bewegungen, Materialien, Schichten und Spuren unterschiedlicher Nutzung. Wir beschreiben unsere Beobachtungen und ergänzen sie durch subjektive Erinnerungen und fragmentarische Informationen zur Stadtentwicklung in drei Phasen: Die 1970er Jahre, mit ihrem groß angelegten Einzug von Skulpturen im öffentlichen Raum, die Idee der Autostadt, die 1990er Jahre, geprägt durch Umgestaltungen und Stadtmarketing und die Gegenwart, in der wir uns bewegen. Wir schicken kurze Sprachnachrichten von den drei Orten aus an eine Person, die unsere Beschreibungen wiederum in Kartierungen übersetzt, ohne sie selbst besucht zu haben.

Diese Karte darf mitgenommen werden, um an die Orte zu gehen und sie selbst zu erkunden. Folge deiner Neugier und deinem Blick. Achte auf Schilder, Möbel, Architektur und die Art, wie Menschen sich hier verhalten.

Wir sind vier Personen, die aus unterschiedlichen Disziplinen auf die Stadt blicken: Nora Brünner als Kuratorin für Kunst im öffentlichen Raum, Nele Wohlatz als Filmemacherin und Kathrin Wildner als Stadtheologin. Diana Lucas-Drogan ist Architektin und Künstlerin, sie interpretierte aus der Ferne unsere Erzählungen und übersetzte sie in Mappings. Die insgesamt drei Karten sind Teil der Ausstellung »Public Parts II«, in der städtischen Galerie KUBUS EG in Hannover stattgefunden hat. Alle Faltposter sind kostenlos über das Kulturbüro erhältlich: kulturbuero@hannover-stadt.de

Der Artikel erscheint in Kooperation mit dem Referat für Frauen und Gleichstellung der LHH

**GRAFIK:**  
Sowohl-als-auch  
zur Eigenwilligkeit der Orte.

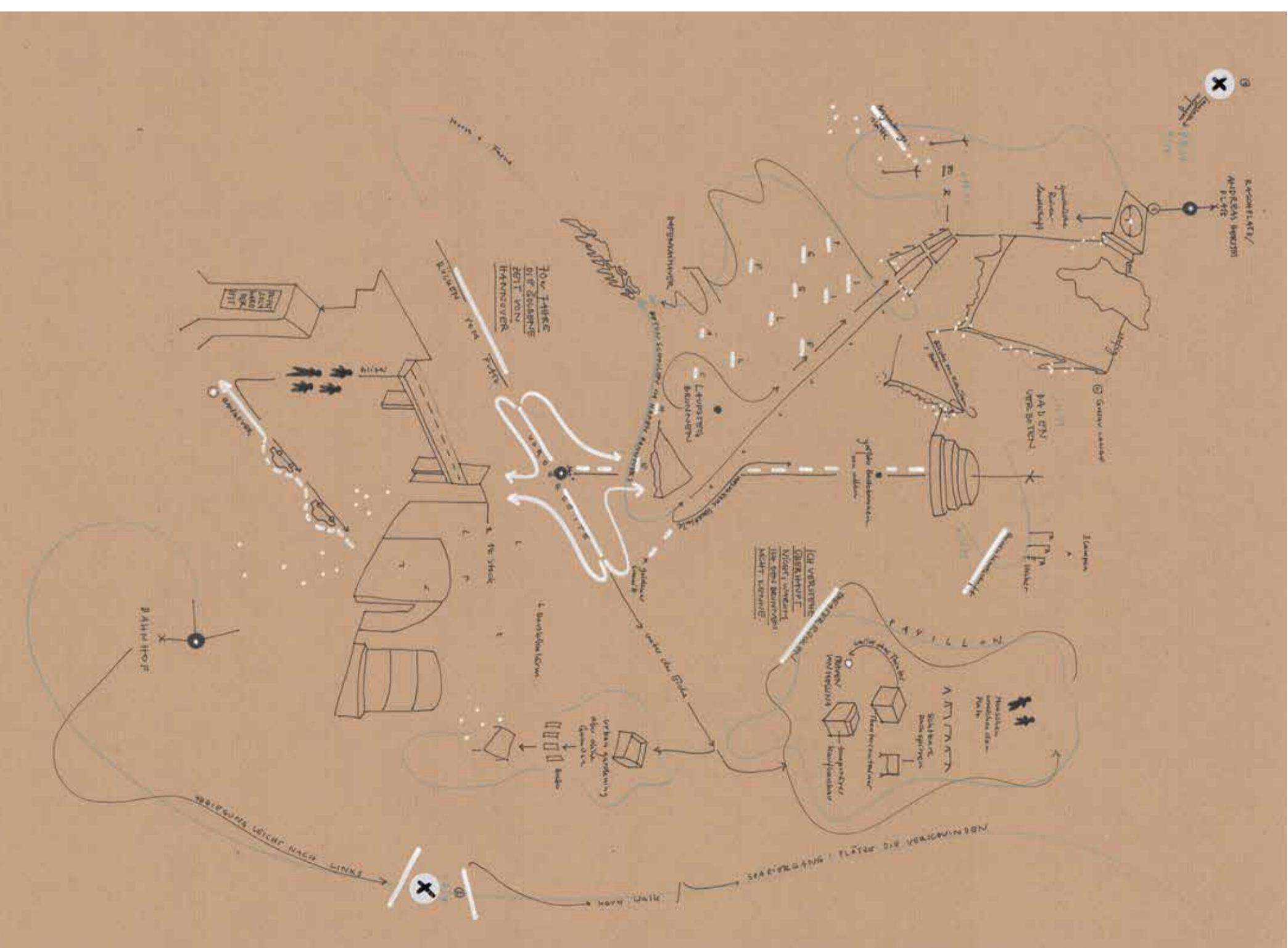
**KONZEPT, BEOBSACHTUNGEN, KURZNACHRICHTEN:**  
Nele Wohlatz, Kathrin Wildner, Nora Brünner

**MAPPINGS:** Diana Lucas-Drogan

**FRAGEN:**

- Was kommt dir seltsam vor?
- Was sticht hervor?
- Was ist langweilig? Warum?
- Es kann nützlich sein, Fotos zu machen.
- Welche Oberflächen finden sich hier und wie verhalten sich die Materialien zueinander?
- In welcher zeitlichen Abfolge sind sie entstanden?
- Warum hier abliegen?
- Warum auf dieser Seite des Platzes gehen?
- Was ist der Zweck dieses Musters?
- Kannst du die Geräusche hören, die dein eigener Körper beim Gehen produziert?
- Welche Töne umgeben dich? Was klingt dahinter?
- Welches sind die entferntesten Geräusche?
- Gehe 50 Meter weiter und horche erneut.
- Welche Gerüche begegnen dir?
- Wie verändern sich die Temperaturen?
- Was macht deine Anwesenheit mit diesem Ort?
- Was wird sie den anderen bringen?

**HIER IST PLATZ FÜR EIGENE ZEICHNUNGEN UND NOTIZEN:**



# Wie wir leben wollen

Über eine lebenswerte Zukunft – wie wir leben wollen – nachzudenken, ist eine wichtige Aufgabe, die sich an verschiedenen Punkten des Lebens stellt. Was sind meine/unsere Werte? Was sind meine/unsere Ressourcen? Was könnten meine/unsere Möglichkeiten und Wünsche sein?

Solche Fragen zu bedenken und mit anderen zu diskutieren, lenkt den Blick nach vorn, öffnet innere Türen und wenn man dann nicht allein ist, sondern viele denken und sagen »so will ich leben!« und packen an – dann können kleine und große Idee/Wünsche Schritt für Schritt Einfluss nehmen und Realität werden. Ja, dazu braucht es manchmal einen langen Atem. Ja, es gibt viele Widerstände – aber es ist mehr möglich als manchmal gedacht!

- Zumindest für Menschen und Kommunen in westlichen Ländern.
- Für Menschen, die nicht mit dem eigenen Überleben beschäftigt sind.
- Für Menschen, die nicht in den Trümmern ihres Lebens sitzen, in den Trümmern ihres Hauses, ihres Dorfes oder ihrer Stadt.

Welche Zukunft denken Frauen, Männer und Kindern dort in den Trümmern? Was

hoffen Kinder beispielsweise im Jemen, im Sudan, in Äthiopien, der Ukraine oder in Palästina von der Zukunft?

Leila Boukarim hat Wünsche und Poems von Kindern in Gaza 2023/24 gesammelt, übersetzt und in »A Million Kites« veröffentlicht und Asaf Luzon hat die Aussagen illustriert. Einigen Kinderstimmen soll hier in dieser Zeitung Raum gegeben werden:

*I want the world to feel for us.  
I want my message to reach my mom.  
I want to see them. I miss them so much.  
Mom and Dad and my two brothers.  
I want to be with them.  
I miss them so, so much.*

**Layana Shhebar, around 10 years old, Gaza Jan.2024**

*I'm done  
I can't do anything anymore  
There's no house. There's no water.  
There's no food. There's no nothing.  
Am I going crazy? I don't know.  
I may be going crazy. I don't know!  
I don't know anymore.  
Please. Oh my God. We are pleading.  
We're pleading and we're pleading  
Stop this!*

**Nadine Abdullatif, 12 years old, Gaza Nov. 2023**

*My wish  
Is to travel  
To get to the hospital  
and get prosthetic arms.  
So I can hold a ball with my hands.  
So I can play. So I can write  
So I can eat.*

**Mahmoud around 11 years old, Gaza Feb.2024**

*The children of Palestine have died.  
There are no children left.  
All the girls in my class died. They all died. They all died.  
My relatives all died.  
There's no one left. There's no one left.  
Everyone in my class died. I'm the only one left.  
I wish I was in heaven, too.*

**Child about 9 Years old, Gaza Dez. 2023**

*I'm scared.  
I'm waiting for this to end,  
because my mom traveled  
and I'm waiting for her  
to come back.*

**Sham around 7 years old, Gaza Jan.2024**

*I'm a child and I want to live.  
And I'm scared. I swear I'm scared.  
I want to live like all the other children in the world.  
\*breaks down in tears\**

**Hammoud Harna around 8 years old, Gaza Feb.2024**

Welche Wege suchen, nutzen wir, um dazu beizutragen, einigen dieser verzweifelten Gedanken an eine Zukunft näher zu kommen – z.B. in Palästina oder an anderen Orten, wo Kinder weit davon entfernt sind, so zu leben, wie sie wollen?

Unsere Stadt/ Region Hannover, unsere Stadtteile können sich weiter so entwickeln, dass es Räume gibt – wie z.B. Kargah oder Bibliotheken mit Sitzcken und Wasserbrunnen – sich zu treffen und wahrzunehmen, dass der oder die Andere manche ähnliche Bedürfnisse hat wie man/frau selbst: etwa nach Sicherheit, nach Wärme, nach Anerkennung, nach Ruhe. ■

Waltraud Kämper



Deutscher Titel: Eine Million Drachen.

[www.amillionkites.com](http://www.amillionkites.com)  
[www.leilaboukarim.com/about-leila-boukarim](http://www.leilaboukarim.com/about-leila-boukarim)

## Die Zukunft der Frauen in Syrien steht auf dem Spiel

Für Selbstbestimmung und Demokratische Autonomie



Frauendemonstration in Hesekê mit knapp tausend Teilnehmer:innen am 28. Dezember 2024  
Foto: ANHA

Kontakt:  
[gkcelle@riseup.net](mailto:gkcelle@riseup.net)  
[www.wjas.org](http://www.wjas.org)

Deutschsprachige Infos:  
[www.anfdeutsch.com](http://www.anfdeutsch.com)

**VERANSTALTUNGSHINWEIS:**  
Vernissage und Ausstellung  
»Jin Jiyan Azadî – Die Errungenschaften der Frauenrevolution« 2.3.2025  
15.30 Uhr MGH Celle mit Vortrag einer Vertreterin der WJAS. Die Ausstellung wird bis zum 31.3.2025 gezeigt.

### Die Demokratische Selbstverwaltung als Lösungsweg

Die Demokratischen Selbstverwaltung von Nord- und Ostsyrien (DAANES) wurde seit 2012 als Modell des Demokratischen Konföderalismus in der Region aufgebaut. Es basiert auf Basisdemokratie, Ökologie und Frauenbefreiung und hätte das Potenzial, als Vorbild für eine gesamtsyrische Lösung zu dienen. Doch sowohl die islamistische Ausrichtung der HTS wie auch türkische Angriffe bedrohen alle Errungenschaften der letzten Jahre.

### Frauenrechte in Gefahr

Die HTS hat seit ihrer Machtübernahme trotz moderater Lippenbekenntnisse etliche frauenfeindliche Maßnahmen, wie deren Verdrängung aus der Justiz, umgesetzt. Die Stiftung der Freien Frau in Syrien (WJAS) äußerte hierzu: »Zur neuen Leiterin des Büros für Frauenangelegenheiten in der Übergangsregierung wurde Aisha al-Dibs ernannt. [...] Sie erklärte öffentlich,

die Übergangsregierung habe ihr eigenes Modell für Frauen entworfen und wolle es umsetzen. Dieses Modell beschränkt Frauen im Wesentlichen auf den privaten Bereich und stützt sich auf die Scharia.«

### Errungenschaften der Frauen

In den überwiegend kurdisch besiedelten Gebieten der DAANES haben die Frauen viel erreicht. Ihre Grundrechte, wie das Recht auf freie Meinungsäußerung, werden anerkannt und durch Gesetze garantiert. Die Frauen haben eine aktive Beteiligung in allen Bereichen des politischen und öffentlichen Lebens erlangt und übernehmen überall Führungsrollen.

### Angriffe auf die kurdische Existenz

Seit dem Umsturz verübt der türkische Staat und seine dschihadistische Proxymiliz »Syrische Nationalarmee« permanente Angriffe auf die DAANES. Sie begehen zahlreiche Kriegsverbrechen, insbesondere anhaltende Luftschläge auf zivile Infra-

struktur. Seit Wochen bombardieren sie bspw. den Tigrîn-Damm nahe Manbidsch, der mittlerweile zu durchbrechen droht, und schrecken hierbei auch vor gezielten Angriffen auf Krankenwagen nicht zurück.

### Feministische Außenpolitik?

Von einer feministischen Außenpolitik Deutschlands kann hierbei nicht die Rede sein. Mit ihrer Forderung, »die kurdischen Kampfverbände in Nordsyrien zu entwaffnen, gefährdet die deutsche Außenpolitik die Sicherheit und die über Jahre etablierten Errungenschaften der Frauen in der Region.

Die Zukunft der Frauen in Syrien steht auf dem Spiel. Daher rufen die WJAS, der multiethnische Syrische Frauenrat und zahlreiche weitere Frauenverbände dringend zu internationaler Solidarität und Protesten auf. Insbesondere fordern sie die offizielle Anerkennung der DAANES. ■

Birthe Witthöft, Feministische Organisation: Gemeinsam kämpfen!

## Den Frieden gewinnen – mit Frieden gewinnen!

Seit fast drei Jahren reden uns alle Politiker, alle Medien ein, daß wir in größter Gefahr sind, daß der nächste Krieg bei uns in vier bis fünf Jahren bevorsteht. Wir sollen Angst haben um unsere Sicherheit.

Dabei spielt die für 2026 geplante Stationierung neuer Mittelstreckenwaffen eine Rolle, die von Biden im August im Beisein von Olaf Scholz verkündet wurde.

Jedoch:

1. Diese Waffen wurden schon seit 2019 entwickelt – direkt, nachdem Trump den INF-Vertrag aufgekündigt hatte, der seit 1987 zur Verschrottung von Mittelstreckenwaffen in Europa geführt hatte.
2. Die Stationierung wurde 2021 von den USA beschlossen, also lange vor dem Ukraine-Krieg – und ohne Beteiligung der deutschen Regierung oder sogar unseres Parlamentes.
3. Die Stationierung betrifft nur Deutschland, keine anderen NATO-Staaten. Die Verfügung über den Einsatz liegt allein bei den USA.

4. Beim »Nachrüstungsbeschluß« der 80er Jahre gab es gleichzeitig ein Verhandlungsangebot an Rußland, unter welchen Bedingungen wir darauf verzichten würden – diesmal nichts dergleichen.
5. Diese Waffen sind Angriffswaffen. Durch ihre Stationierung wird Deutschland zur Zielscheibe für mögliche Gegenschläge – auch bei Fehlalarm oder Computerfehlern.

### Welche zukünftige Bundesregierung wird uns vor dieser Gefahr beschützen?

Wir erleben in den letzten Jahren eine unvorstellbare Militarisierung unseres öffentlichen Lebens, vor allem auch in den Schulen und Universitäten. Der Ausbau der Bundeswehr scheitert an zu wenigen Freiwilligen-Meldungen (viele steigen kurz nach Beginn ihrer Ausbildung wieder aus), deshalb ist man dabei, scheinbarweise die Wehrpflicht wieder einzuführen. Zur Zeit sind 11 Prozent der Freiwilligen unter 18 Jahre alt, was im Widerspruch zur UN-

Kinderkonvention steht. Wir wollen unsere Kinder und Enkel nicht in einem Krieg opfern – und auch nicht, dass sie zum Töten erzogen werden.

Schon viele Politiker\*innen fast aller Parteien sprechen von Erhöhung der Militärausgaben auf drei bis vier Prozent des Brutto-Inlands-Produkts, das entspricht fast 20 Prozent des Bundeshaushalts. Eine Steigerung um einen Betrag, der etwa in der Höhe des gesamten Haushalts des Landes Niedersachsen (2024 – 55,6 Millionen Euro) liegt, also aller Ausgaben für Lehrer, Polizei, Krankenhäuser etc. – stattdessen kauft die Bundesrepublik Deutschland mehr Panzer, Kampf-Flugzeuge und -Schiffe.

### Was brauchen wir wirklich für unsere Sicherheit?

Das Geld fehlt für Alles; was ein sicheres, friedliches Leben ermöglicht:  
■ Mehr Sozialwohnungen und Mietstopp bezahlen!

- Preise für Lebensmittel, Gas und Strom deckeln!
- Schulen, Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen gut und menschlich ausbauen!
- Sichere Renten und menschenwürdige Sozialleistungen! Das hilft auch der Wirtschaft.
- Die über Jahrzehnte vernachlässigte Infrastruktur – Brücken, Schienen, öffentliche Gebäude – wiederherstellen!
- Den Umbau unserer Lebensumwelt für Klimaschutz vorantreiben, denn die Klimakatastrophe droht trotz allem!

### Dafür wollen wir uns einsetzen!

- Beim diesjährigen **Ostermarsch am Samstag, 19. April ab 11.00 Uhr** in der Aegidienkirche.
- Bei Infoständen, Vorträgen und anderen Aktivitäten des Friedensbüros, zu finden unter [www.frieden-hannover.de](http://www.frieden-hannover.de). ■

Agnes Hasenjäger,  
Friedensbüro Hannover e.V.

Kontakt:  
[www.frieden-hannover.de](http://www.frieden-hannover.de)

# Die schleichende Verdrängung der Sexarbeit aus den Städten

Die Gentrifizierung der Innenstädte und neue gesetzliche Maßnahmen stellen eine wachsende Bedrohung für die Existenz von Sexarbeit dar. Besonders in Hannover zeigt sich, wie Stadtentwicklung und restriktive Regelungen die Rahmenbedingungen für die Sexarbeit verschlechtern.

In Hannover steht die Verschiebung des Straßenstrichs aufgrund eines Bauvorhabens im Gespräch. Ein neuer Standort ist bisher nicht gefunden, da essenzielle Bedingungen – wie die Nähe zur Polizeistation, öffentlichem Nahverkehr und Beratungsstellen – nicht erfüllt werden. Beson-

ders die Personen, die keinen Zugang zu Prostitutionsstätten haben oder bewusst darauf verzichten, finden am Straßenstrich einen sicheren Arbeitsplatz, der dadurch wegfallen könnte. Das »Café Nachtschicht«, das soziale und gesundheitliche Unterstützung, Arbeitsmaterial und einen Safe Space für die Personengruppe bietet, könnte dadurch ihre Milieunähe und damit auch ihre Klient\*innen verlieren.

## Die unsichtbaren Auswirkungen der Bauverordnung

Neben direkten gesetzlichen Einschränkungen (ProstSchG) spielt auch die Bauvorschrift eine Rolle bei der Genehmigung von Betrieben. In den Bebauungsplänen und Gewerbeordnungen wird die Ansiedlung von Prostitutionsstätten im urbanen Raum erschwert. Vorschriften wie Abstandsgebote zu Wohngebieten oder Schulen lassen immer weniger legale Optionen für den Betrieb der Arbeitsstätten zu. Diese für uns unsichtbaren Regelungen führen dazu, dass Sexarbeitende in unregulierte und unsichere Arbeitsumfelder häufig an Stadtränder gedrängt werden.

## Appelle für nachhaltige Lösungen

Diese Entwicklungen verdeutlichen, dass es nicht nur um Bauprojekte oder Gesetzesveränderungen geht, sondern um den Umgang mit einer gesellschaftlich stigmatisierten Personengruppe. Statt repressiver Maßnahmen braucht es Konzepte, die Sicherheit und Selbstbestimmung fördern. Die Rechte der Sexarbeitenden sowie die soziale Infrastruktur müssen im Mittelpunkt stehen, um nachhaltige Lösungen zu schaffen. Dies ist eine Anforderung an eine feministische Stadtentwicklung. ■

s.moellering, Fachberatungsstelle Phoenix

Kontakt: kontakt@phoenix-beratung.de

# Spiel, Sport und vergitterte Fenster

Stadtpläne für Open-Air-Events selbst in der Hannoverschen Allgemeinen Zeitung (HAZ) am Pranger

Jutta Rinas fällt als Redakteurin der HAZ des Öfteren auf mit ihren Berichten und Recherchen über und in sozialen Brennpunkten Hannovers. Sie bemüht sich, der Sicht von Menschen in sozialen Nöten eine Stimme zu geben, die in Hannovers Stadtgesellschaft mit ihren Sorgen vor allem um Sicherheit und Sauberkeit untergehen.

Aktuelles Beispiel ist ihr Kommentar »Spiel, Sport und vergitterte Fenster« in der HAZ vom 11. Januar 2025 zu den Plänen der Stadtverwaltung, im Sommer 2025 wieder Sport und Freizeit-Events auf dem Raschplatz zu organisieren. Rinas Artikel liest sich wie eine Antwort auf unsere Werbung für die 8.März-Zeitung 2025. Deshalb soll er hier auch leicht gekürzt Platz finden:

»Hannover, Sommer 2025. Auf dem Raschplatz steigt ein Sommer-Open-Air-

Fußball, Basketball, Beachbar. Nur ein paar Meter weiter – ausgerechnet im Justizviertel Hannovers – ist vom Strandfeeling am ehemaligen Drogenhotspot Raschplatz nicht viel zu merken. Im Gegenteil: Die offene Drogenszene ballt sich auf dem Vorplatz vor der Drogenhilfsstation »Stellwerk«. Sie hat sich mit der Einführung der Freizeitangebote auf dem Raschplatz im Sommer 2023 zwangsläufig dorthin verlagert – und breitet sich immer weiter im Justizviertel aus.

Eine Konsequenz: Drogensüchtige, Trinker und Obdachlose belagern die anliegenden Gerichtsgebäude. Amtsgericht und Staatsanwaltschaft schützen sich mit Zäunen gegen Urin, Kot, Randalen und Übergriffe auf Mitarbeiter.

Während Hannover sich im Zuge einer Neubelebung auf dem Raschplatz bei Sport und Spiel vergnügt, muss sich ausge-

rechnet die Justiz, ein Hauptakteur im Kampf gegen (Drogen-)Kriminalität, vor der Drogenszene verbarrikadieren.

Eine Grotteske? In Hannover könnte eine solche Parallelität der Ereignisse bald Realität werden. [...]

Jetzt rächt sich bitter, dass die Verwaltung mit den Sportspektakeln begann, ohne schon zum Auftakt des Experiments zur Neubelebung der bahnhofsnahe Plätze die zentrale Frage zu klären: Wo sollen künftig all die Obdachlosen und Süchtigen vom Raschplatz hin?

Als zentraler Aufenthaltsort blieb nur der Vorplatz vor dem »Stellwerk« übrig, ein Platz, der immer schon ein Problemort war. Er wurde zwar mittlerweile mit mehr Sozialarbeit, Wetterschutz, Bänken und mobilen Toiletten aufgewertet, grundlegend verbessern tut das aber bislang wenig.

Sinn einer guten Innenstadtpolitik kann es nicht sein, einen Problemort zu entschärfen, um einen anderen nur umso stärker zu belasten. Dass Menschen, die ihr Recht suchen, oder Justizbeamte, die es verteidigen, Hannovers Gerichte auf Dauer nicht mehr unbehelligt aufsuchen können, damit sich ein paar Hundert Meter weiter Sport- und Musikfreunde vergnügen dürfen, wäre ein verheerendes Signal für Hannovers Innenstadtpolitik – und an Geschmacklosigkeit kaum zu überbieten. Die Entlastung des Justizviertels und nicht ein weiteres Sommer-Open-Air muss jetzt im Vordergrund stehen. Dass beides gleichzeitig derzeit ohne einen Aufenthalts-, Ruhe- und Versorgungsort wie den geplanten »Mecki 2.0« nicht zu haben ist, hat Hannover mittlerweile lange genug bewiesen. ■

Jutta Meyer-Siebert

# Der »Raum« der Wünsche

Wie würde eine Stadt aussehen, die ihre vulnerablen Gruppen berücksichtigt und sichere Räume für sie schafft? Sie wäre weder frei von den vielen Formen von Gewalt noch von anderen Straftaten, allerdings hätten Gewaltbetroffene einen geregelten Zugang zu gesicherten Orten der Zuflucht. Für Betroffene von Zwangsprostitution beispielsweise, ist der Bedarf an sicheren Räumen aktuell nicht annähernd gedeckt. Dabei fängt es bereits damit an, dass es sowohl öffentliche als auch private Räume gibt, die Täter\*innen ermöglichen, Betroffene in diese Zwangslage zu bringen. Dazu zählt im öffentlichen Raum die Straße, angemeldete Bordelle, Stripclubs, Bars und Sauna-/Massagesalons. Zu privaten Räumen zählen Hotels, unangemeldete Bordelle, Wohnungen der Freier, das Internet und Escort-Agenturen. Hinzu kommt, dass sich laut UN mindestens 41 Prozent der Betrof-

fenen selbst aus der Zwangslage befreien – fast die Hälfte ist demnach hinsichtlich einer Flucht auf sich selbst gestellt. Und wie geht es weiter? Sobald eine Flucht gelungen ist, finden viele Betroffene ihren Weg zu Beratungsstellen gegen Menschenhandel oder für gewaltbetroffene Frauen. Dort erhalten sie eine bedarfsorientierte Beratung und Begleitung. Allerdings ist auch die Arbeit von Beratungsstellen nicht immer bedarfsgerecht möglich. Es fehlt an sicheren Unterbringungsmöglichkeiten, an Zukunftsperspektiven und an stringenten, konsequenten Strafverfolgungsverfahren. Für Betroffene, die sich wegen verschiedener Hürden wie Erreichbarkeit, Angst vor (straf-/aufenthalts-) rechtlicher Konsequenzen oder auch Traumatisierung, nicht an Beratungsstellen wenden, sind diese Aspekte dementsprechend noch schwerwiegender.

## Was ist für sichere Räume für Gewaltbetroffene wünschenswert?

Primär eine stabile Sicherung von Beratungsangeboten für Gewaltbetroffene. So kann Betroffenen eine bedürfnisorientierte Stabilisierung ermöglicht werden, die Perspektiven eröffnet und eine Begleitung bei Bedarf garantiert. Zudem einen flächendeckenden Aufbau und eine anhaltende, stabile Förderung für den Bestand von sicheren Unterbringungsmöglichkeiten. Öffentliche und private Räume müssen dafür sensibilisiert werden. Zwangslagen aufzudecken, sie in ihrer Entstehung zu erkennen und einzugreifen. Es müssen Mechanismen gefördert werden, die Gewaltbetroffenen helfen, statt sie in Prozessen der Täter-Opfer-Umkehr zu bedrohen. Und letztendlich bedarf es einer weitreichenden Aufklärung, die sich über Institutionen der Exekutive, der Judikative, der Legislative, der Bildung und auch über Nichtregierungsorgane erstreckt – damit nicht nur Gewaltbetroffenen ermöglicht wird, sich zu schützen, sondern Gewaltausübenden verwehrt wird, diese Gewalt überhaupt erst auszuüben. ■

Moira Fälber, Kobra e.V.

Kontakt: info@kobra-hannover.de www.kobra-hannover.de

## WAS IST ZWANGSPROSTITUTION?

»Wenn jemand eine Person unter Ausnutzung ihrer persönlichen oder wirtschaftlichen Zwangslage oder ihrer Hilflosigkeit, veranlasst, die Prostitution aufzunehmen oder fortzusetzen oder sexuelle Handlungen vorzunehmen oder an sich vornehmen zu lassen, durch die sie ausgebeutet wird.« (zitiert nach KOK – d.i. der Bundesweite Koordinierungskreis gegen Menschenhandel e.V.)

# Für ein Europa ohne Mittelstreckenwaffen!

Offener Brief veröffentlicht – 30 Prominente sprechen sich gegen Stationierung von Mittelstreckenwaffen aus

In einem Offenen Brief mit mehr als 30 prominenten Erstunterzeichner\*innen wendet sich die Kampagne »Friedensfähig statt erstschlagfähig: Für ein Europa ohne Mittelstreckenwaffen!« an alle Kandidierenden zur Bun-

destagswahl. Sie fordern die Politiker\*innen auf, sich gegen die Stationierung von US-Mittelstreckenwaffen in Deutschland auszusprechen und für neue Verhandlungen über Rüstungskontrolle

und die Abrüstung aller Mittelstreckenwaffen in Europa einzusetzen.

Mehr Infos: friedensfaehig.de

## BÜNDNISPARTNER\*INNEN

- Arbeiterwohlfahrt Region Hannover e.V.
- DGB-Region Niedersachsen-Mitte
- 3WF Hannover – Forum für eine andere Welt e.V.
- Notruf für vergewaltigte Frauen und Mädchen e.V. Hannover
- Flüchtlingsrat Niedersachsen e.V.
- Frauen Tribunal e.V. (Hamayesch)
- GEW Kreisverband Region Hannover
- Friedensbüro Hannover
- Internationaler Frauentreff La Rosa
- kargah e.V.
- Frauentreffpunkt Hannover
- Freundeskreis Malawi und Städtepartnerschaft Blantyre e.V.
- La Strada Anlauf- und Beratungsstelle für drogengebrauchende Mädchen und Frauen
- Koordinierungs- und Beratungsstelle gegen Menschenhandel e.V.
- Kulturzentrum Pavillon
- PHOENIX Beratungsstelle für Prostituierte
- Niedersächsisches Netzwerk Frauen mit Behinderung
- Referat für Frauen und Gleichstellung der LHH
- Rosa-Luxemburg-Stiftung Niedersachsen e.V.
- Team Gleichstellung Region Hannover
- ver.di Bezirk Hannover – Heide – Weser

## Diese Zeitung wird finanziert von:

- Arbeiterwohlfahrt Region Hannover e.V.
- DGB-Region Niedersachsen-Mitte
- DGB-Bezirk Niedersachsen-Mitte
- Gewerkschaften
- Landeshauptstadt Hannover
- Notruf für vergewaltigte Frauen und Mädchen e.V. Hannover
- Region Hannover
- ROSA LUXEMBURG STIFTUNG NIEDERSACHSEN
- ver.di Bezirk Hannover-Heide-Weser

## IMPRESSUM

Für die einzelnen Artikel zeichnen die jeweiligen Autor\*innen verantwortlich.  
**Herausgeberin:** Hannoversches Frauenbündnis zum Internationalen Frauentag  
**V.i.S.d.P.:** Sabine Wegmann, Rosa-Luxemburg-Stiftung Niedersachsen, Deisterstraße 9, 30449 Hannover  
**Redaktion:** sabine.wegmann@rls-nds.de; Gabriele Kessemeier, Jutta Meyer-Siebert  
**Satz und Layout:** Anette Gilke  
**Druck:** QUBUS media GmbH, Hannover | Druckprodukt mit finanziellem Klimabeitrag | climatePartner.com/ID 53326-2501-1027  
**Auflage:** 3.500 Exemplare